

Medienmitteilung

Conthey/Brig, 3. November 2025

Die Walliser Gemeinden sagen NEIN am 30. November zur Initiative «Für eine soziale Klimapolitik» der JUSO Schweiz

Der Vorstand des Verbandes Walliser Gemeinden (VWG) lehnt die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik» der JUSO ab. Die Vorlage, über die das Stimmvolk am 30. November entscheiden wird, gefährdet die Interessen der Gemeinden.

Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» sieht eine Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 % für Beträge ab 50 Millionen Franken vor. Laut Initiativtext sollen die Einnahmen «zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» verwendet werden.

Eine Annahme der Initiative würde zur Abwanderung wohlhabender Personen führen und die Steuereinnahmen deutlich reduzieren – insbesondere auch für die Walliser Gemeinden. Die Gemeindefinanzen stehen durch die Sparpläne des Bundes und die ständig steigenden Herausforderungen bereits unter Druck. Zudem untergräbt die Initiative das bewährte föderale System der Schweiz: Erbschafts- und Schenkungssteuern basieren auf kantonaler Zuständigkeit, die Vorlage greift daher in die fiskalische Kompetenz der Kantone ein.

Der Vorstand des Verbands Walliser Gemeinden empfiehlt daher, die Initiative aus finanziellen, institutionellen und fiskalpolitischen Gründen abzulehnen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Christophe Germanier, Präsident VWG, 078 606 63 01 Eliane Ruffiner, Generalsekretärin VWG, 078 758 50 05



3900 Brig

**** 027 924 66 00